

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Internet-Supplement No. 2 / 2001

AUS DEM INHALT

<i>Peter Alheit: Eine neue Lesart des DDR-Zusammenbruchs</i>	3
<i>Gerta Stecher: Von der Haussklavin zur Lohnarbeiterin – Bolivianische Dienstmädchen im Aufbruch</i>	7
<i>Rezensionen</i>	20
<i>Annotationen</i>	23

trafo verlag

2. Jahrgang • No. 2 • 15. Januar 2001

Inhaltsverzeichnis

Peter Alheit: Eine neue Lesart des DDR-Zusammenbruchs 3

Gerta Stecher: Von der Hausklavin zur Lohnarbeiterin – Bolivianische
Dienstmädchen im Aufbruch 7

Rezension

Wolf Gerhardt: Rote Wimpel weh'n im Wind... Aus der Geschichte der
Arbeiterkinderbewegung in Potsdam und Nowawes. (*Roland Gröschel*) 20

Annotation

Kristen Benning: Die Geschichte des SED-Zentralorgans "Neues Deutsch-
land" von 1946 bis 1949. Die Waffenlieferungen "im Kampfe gegen die
Reaktion und ihre Verwirrungsmanöver". (*Manfred Behrend*) 23

© trafo verlag dr. wolfgang weist, 2001

Redaktionsschluß: 15. Januar 2001

Verantwortlicher Redaktion: Herbert Mayer

Herausgeber: Wolfgang Weist

Alle Rechte vorbehalten

Eine neue Lesart des DDR-Zusammenbruchs

PETER ALHEIT

Wir haben uns daran gewöhnt, den Niedergang des Staatssozialismus in Ost- und Mitteleuropa mit den dramatischen Ereignissen des Jahres 1989 zu verbinden. Auch die deutsche Entwicklung – die interessante SPIEGEL-Dokumentation hat es noch einmal gezeigt – wird fast ausschließlich aus der Perspektive der späten 1980er Jahre interpretiert. Dabei sollte die merkwürdige Zähigkeit, mit der gerade die “kleinen Leute” in Ostdeutschland an der alten Gesellschaft festhalten, nachdenklich machen. Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch kann von einem Verschwinden DDR-typischen Lebensgefühls nicht die Rede sein.

Woran liegt das? Trifft der Hinweis auf eine schlichte DDR-Nostalgie den Kern des Phänomens? Unbestreitbar war nicht alles “schlecht” in der DDR. Viele soziale Errungenschaften, die durch die Wiedervereinigung verloren gegangen sind, wurden von den Menschen als sinnvoll und nützlich erlebt. Freilich, erklärt deren Wegfall die erstaunlichen emotionalen Bindungen an die alte Gesellschaft? Immerhin war es die Bevölkerung selbst, die sie beseitigen wollte (“Wir sind das Volk”).

Meine These ist: Es geht gar nicht um DDR-Nostalgie. Die heute sichtbaren Rückbezüge sind auch keine späten Mystifizierungen der DDR. Ursache ist die tiefe Verletzung einer Art “kollektiver Subidentität”, nämlich der bemerkenswerten “Schwejkade”, über 40 Jahre ein System bewältigt zu haben, das keineswegs nur politisch, sondern auch im Arbeitsalltag absurd und widersprüchlich war. Diese Leistung ist mit der Wiedervereinigung entwertet. Und sie betrifft keineswegs nur ehemalige Dissidentengruppen. Sie berührt breite Kreise der Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft.

In einem umfangreichen Forschungsprojekt¹ zum Vergleich der Veränderung eines westdeutschen (AG “Weser”, Bremen) und eines ostdeutschen Werftarbeitermilieus (Neptun-Werft, Rostock) während der 1950er Jahre² ist das Forschungsteam – zumal für die DDR-Situation – auf erstaunliche Ergebnisse gestoßen: Die Entwicklung des Arbeitermilieus in der SBZ und der frühen DDR ist durch eine Reihe von Rahmenbedingungen gekennzeichnet, die unübersehbare Spuren hinterlassen. Zunächst verleiht der Aufbau des sozialistischen Teilstaatsgebildes der “Arbeiterklasse” als ganzer,

1 Gefördert von der Volkswagen-Stiftung (Leitung: Prof. Dr. Dr. Peter Alheit, Bremen/Göttingen), vgl. den zusammenfassenden Bericht in: BzG 2/2000.

2 Vgl. dazu die Veröffentlichung in dem über 1000 Seiten starken Doppelband Peter Alheit, Hanna Haack, Heinz-Gerd Hofschien, Renate Meyer Braun: Gebrochene Modernisierung – Der langsame Wandel proletarischer Milieus. Eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus in den 1950er Jahren. Bd. 1: Sozialgeschichtliche Rekonstruktionen. Bd. 2: Soziologische Deutungen. Bremen 1999.

besonders jedoch bestimmten Aspekten der Tradition der Arbeiterbewegung, ein symbolisches Gewicht, das sich von den realen kulturellen Ausdrucksformen der Arbeiterschaft ablöst, für das politische Machtzentrum jedoch zu einer kaum zu unterschätzenden Legitimationshypothek zu werden beginnt. Bei allen zentralistischen Planungen zur Umstrukturierung der Gesellschaft darf eine bestimmte Loyalitätsschwelle nicht unterschritten werden: Ein "Arbeiter- und Bauernstaat" kann nicht gegen die Arbeiter und Bauern aufgebaut werden. D. h. aber, daß die ureigensten Anliegen der Arbeiterschaft, angemessene Lebensbedingungen, gesicherte Arbeit und ein guter Lohn, nicht nur ideologisch, sondern auch real garantiert werden müssen.

Die Nachkriegssituation erschwert nun freilich nicht allein die Garantie angemessener Lebensbedingungen, die bis tief in die 1950er Jahre hinein nicht gegeben werden kann; sie macht aufgrund von Industriedemontagen (des sozialistischen "Bruderlandes" Sowjetunion!) und dramatischer Rohstoffknappheit auch das Recht auf Arbeit zu einem zentralen Problem der politischen Planung. Symbolische Gratifikationen wie die rasche Durchsetzung von Bildungs- und Leitungsaufstiegen für eine zahlenmäßig kleine Arbeiterelite können diese Dilemmata nicht ausgleichen. Vollends ungelöst bleibt die Entwicklung eines befriedigenden Lohngefüges, das (a) von der Arbeiterschaft akzeptiert wird und (b) auch den ökonomischen Optionen einer funktionierenden Planwirtschaft Rechnung trägt.

Probleme zeichnen sich deshalb gar nicht an einer ideologischen Konfliktlinie ab, sondern in relativ pragmatischen Bereichen des alltäglichen Lebens. Die drastische Belegschaftserweiterung der Neptun-Weft im Jahre 1949 z. B., die in diesem Ausmaß betriebswirtschaftlich unbegründet und organisationssoziologisch äußerst riskant war, führt erstaunlicherweise nicht zu dramatischen Konflikten innerhalb der Arbeiterschaft, sondern zu einer subtilen Konfrontation der "Basisakteure" in der Produktion mit den Ebenen der betrieblichen Planung und Leitung, zu der selbstverständlich – zumindest symbolisch – auch die Betriebsparteileitung und die Betriebsgewerkschaftsleitung gerechnet werden³. Dieser verdeckte Konflikt "institutionalisiert" sich in den kontinuierlichen und ökonomisch prekären Bargainingprozessen um angemessene Löhne, die keineswegs nur in der Rostocker Neptunwerft zwei symptomatische Entwicklungen anstoßen: (1) einen deutlichen Autonomiegewinn der untersten Produktionseinheiten und (2) den sukzessiven Zerfall der Produktivitätsstandards.

(ad 1) Die Brigade als unterste Produktionseinheit und besonders der Brigadier, der sich zunehmend zum "Tarifspezialisten" und "Bargainingvirtuosen" bei der Festsetzung neuer Arbeitsnormen entwickelt, bilden gewissermaßen den Kristallisationskern eines autonomen proletarischen Gegenmilieus, das viele Elemente traditioneller deutscher Arbeiterkultur in sich trägt, aber auch neue Merkmale ausbildet. Wie entscheidend die gleichsam "suborganisatorisch" durchgesetzte Lohnautonomie schon in den frühen 1950er Jahren ist, zeigt sich in den Auseinandersetzungen um den 17. Juni 1953. Bereits

3 Vgl. ebd. Bd. 1: 421ff.

zu diesem Zeitpunkt spricht die eskalierende Normübererfüllung in vielen Industriebetrieben dafür, daß bei der Normfestlegung die Durchsetzungsmacht der Brigaden und das Geschick der Brigadiere die Einigung auf "reelle" Normen zugunsten einer Verbesserung der Lohnsituation haben verhindern können⁴. Der staatliche Versuch oktroyierter Normverschärfungen durchbricht ganz offensichtlich die stillschweigend etablierte Praxis der Basisbeteiligung und führt zu manifistem Widerstand⁵. Dessen politisch-symbolische Kraft ist offenbar so nachhaltig, daß z. B. auf der Neptunwerft unmittelbar nach dem 17. Juni 1953 eine Verfügung des Werkdirektors verbreitet wird, in der "alle gegen den Willen der Kollegen angeordneten Normen ... zurückgezogen" werden und künftig "Normerhöhungen ... nur mit Zustimmung der Arbeiter durchzuführen" seien.⁶

Die Autonomie der untersten Produktionseinheiten hat sich also durchgesetzt. Der SED-Staat kapituliert vor einer "informellen Rätestruktur" des Produktionsbereichs. Dabei handelt es sich ausdrücklich nicht um einen politisch-ideologischen "Sieg" der Arbeiter, sondern um die pragmatisch durchgesetzte Autonomie in Lohnfragen. Der halbherzige Versuch, diesen Effekt durch Abschaffung der Brigaden (1957) noch einmal rückgängig zu machen, hat keine Auswirkungen, weil die Bargainingstrukturen praktisch erhalten bleiben. Die Wiedereinführung unter dem Etikett der "sozialistischen Brigade" (ab 1958) vergrößert sogar die Autonomie der Basiseinheit, weil sie nun auch auf den Reproduktionsbereich ausstrahlt. An der alltagspraktischen Problematik der Lohnauseinandersetzung (über die Festlegung der Norm) kristallisiert sich in der frühen DDR der Kern eines autonomen Arbeitergegenmilieus heraus.

(ad 2) Das ökonomische Ergebnis dieser sozialstrukturell außergewöhnlich interessanten Entwicklung ist freilich prekär. Während der 1950er Jahre nehmen "Normübererfüllungen" drastisch zu. 200-prozentige, sogar 300-prozentige Normerfüllung sind keine Ausnahmen⁷. Auch künstlich erzeugte Höchstleistungen (z. B. das Verschweigen von Überstunden, um einträglichere Normübererfüllung zu suggerieren) gehören in diesen Zusammenhang. Dabei sinkt die Produktivität. Klare Standards sind nicht mehr auszumachen; Planungsrationalität wird verunmöglicht. Hinzu kommt, daß durch Leistungslöhne und Gruppenlöhne das Lohnsystem derart zerfasert, daß eine leistungsgerechte Entlohnung nicht mehr gewährleistet werden kann. Die relative Basisautonomie wirkt ökonomisch kontraproduktiv – womöglich der Keim des späteren wirtschaftlichen Zerfalls.

Die hier kursorisch belegte These liest sich wie ein "Treppenwitz der Geschichte": Der "Arbeiter- und Bauernstaat" DDR geht – ökonomisch – an seiner "Arbeiterklasse" zugrunde, und zwar nicht erst in den 1980er Jahren, sondern gleichsam von Anfang

4 Vgl. ebd. Bd. 1: 473ff.

5 Vgl. ebd.: 477ff.

6 LA Greifswald, Rep. GO Ro.-Stadt IV/7/029/234.

7 Vgl. Alheit u. a.: Gebrochene Modernisierung. Bd. 1: 479ff.

an. Die Produktivität ist bereits am Ende der 1950er Jahre so stark rückläufig, daß die ökonomische Reproduktion des gesamten Gemeinwesens gefährdet erscheint.

Freilich, in diesem widersprüchlichen Lernprozeß entsteht intuitiv "kollektive Identität". Die ostdeutschen Arbeiter entfalten eine erstaunliche Autonomie. Und doch ist der zitierte Vergleich mit der Rätebewegung ("informelle Rätestruktur") irreführend. Politische Verantwortung übernehmen die Arbeiter für ihr "Gegenhandeln" gerade nicht. Sie profitieren von der symbolischen Macht, die ihr subtiler Widerstand besitzt, weil er Alltagswiderstand von Arbeitern ist und weil er die nicht-zivilen Rahmenbedingungen eben nicht infrage stellt. Die Ironie der Geschichte holt sie ein. Metaphorisch gesprochen, 'haben sie den Ast selbst abgesägt, auf dem sie saßen'.

Analytisch interessant erscheint, daß mit dem drastischen Wechsel der Rahmenbedingungen in Ostdeutschland diese weitgehend ignorierte zivile Ressource "verfällt". Der staatssozialistisch gezwungenermaßen geduldete Alltagswiderstand der Arbeiter verliert unter den neuen Bedingungen seinen Wert. Eine wichtige "Subidentität" wird um ihren sozialen Sinn gebracht. Was bleibt, ist der dumpfe Protest gegen den ersatzlosen Verlust eines – wenn schon widerspenstig – genossenen Privilegs. Die Anfälligkeit für links- und rechtsradikale Parteien ist dafür charakteristisch.

Die plakative Rede über DDR-Nostalgie ist offensichtlich nicht geeignet, diesen komplizierten Prozeß zu verstehen. Die politische Aufarbeitung jener tiefen Identitätsverletzung müßte schon ernster genommen werden. Nicht die DDR wirkt nach, sondern gleichsam die "Arbeit an der DDR" – eine nachhaltige biographische Erfahrung für weite Bevölkerungskreise in Ostdeutschland.

Von der Haussklavin zur Lohnarbeiterin – Bolivianische Dienstmädchen im Aufbruch¹

GERTA STECHER

Die Ausgangssituation

Frauen in Bolivien – das sind Weiße und das sind Indias. Die einen sind die Hausherrinnen und die anderen ihre Dienstmädchen. Ersteren sieht man ihre Abkunft von den spanischen Eroberern sogleich an: hellhäutig, hochgewachsen und europäisch gekleidet, dominieren sie im Straßenbild der großen bolivianischen Städte gegenüber den letzteren, den indianischen Frauen: deren Haut ist dunkel, das Haar schwarz, von Wuchs sind sie klein. Ihre langen weiten Röcke, großen Umschlagtücher und melonenförmigen Krempehüte fallen schon wegen ihrer Buntheit auf. Es ist eine farbenprächtige, traditionell ländliche Bekleidung. Denn sie kommen vom Land in die Stadt, um sich als Dienstmädchen durchzuschlagen. Eine der wenigen Möglichkeiten für diese Frauen, Arbeit zu finden. So sind in 80 Prozent der Haushalte von weißen Bolivianern der Mittel- und Oberschicht 114.000 Indias tätig. Bolivien hat eine Bevölkerungszahl von 7,5 Millionen, rund 3,5 Millionen sind Indios.

Zum Begriff "weiß". Er ist das Synonym für Ober – und Mittelschicht und wird von Bolivianern dieser Schichten als eigene Kennzeichnung benutzt: "Ich als Weiße", "Wir weißen Bolivianer", und soll heißen, daß sie in direkter Linie von den spanischen Kolonialherren abstammen. Womit sie, und das stellt das Wort "weiß" klar, jedem Indio überlegen sind und deshalb einen sehr viel höheren sozialen Status innehaben. Allerdings müßte man blind sein, sähe man nicht mindestens jedem zweiten Weißen auf Anhieb an, daß in seinen Adern Tropfen indianischen Blutes fließen. Es gibt auch die Ausnahme von der Regel: indianische Familien, die zur Oberbeziehungsweise Mittelschicht gehören. Doch in ihren Haushalten arbeiten ebenfalls Indias als Dienstmädchen – nicht etwa weiße Frauen (analog zur Ausnahme von der Regel).

Ein Relikt aus der Kolonialzeit

Eine sehr große Zahl von Dienstmädchen findet man in allen Ländern Lateinamerikas, nicht nur in Bolivien. (Dahin muß Deutschland erst noch gelangen – unsere Politiker haben längst dafür geworben, um Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen! – im

1 Die Recherche ist redaktionell gekürzt. Die Zitate und Beispiele sind Teile aus Interviews, die die Autorin als Hörfunk- und Fernsehjournalistin vor Ort entweder mit dem Mikrofon – für Hörfunkbeiträge – oder mit der Kamera – für Filmbeiträge – geführt hat. Copyright der Fotos bei Gerta Stechert.

Zuge einer "Refeudalisierung" der deutschen Gesellschaft. Denn das ist der Punkt: Es handelt sich bei der bolivianischen Dienstmädchen-Problematik um ein Relikt aus der Kolonialzeit – die 500 Jahre zurückliegt. Damals wurden die Ureinwohner, die Indios, versklavt. Die spanischen Kolonialherren hielten sich indianische Haussklaven. Nach Abschaffung der Sklaverei waren es dann leibeigene Knechte und Mägde. Diese kolonialfeudale Sichtweise hat sich in Bezug auf die Dienstmädchen bis heute erhalten. Von daher erklären sich die skandalösen Verhältnisse, unter denen die Indias tätig sind. Denn Rechte und Pflichten, sowohl die der Dienstmädchen als auch die der Dienstherrinnen, sind nicht per Gesetz geregelt. Sie werden von der jeweiligen Dienstherrin festgelegt.

Ich bin auf dieses Thema zufällig gestoßen. Auf dem Platz "Plaza des los Héroes" in Boliviens größter Stadt, dem Regierungssitz La Paz, fand eine Demonstration unter dem Titel "Ohne Frauenrechte keine Menschenrechte" statt. Weiße und Dunkelhäutige, Junge und Alte, Männer und Frauen waren versammelt. Ich sah handgeschriebene Plakate, worauf zum Beispiel stand: "Wir Dienstmädchen arbeiten 16 Stunden jeden Tag!" "Sie erlauben uns nicht, uns weiterzubilden." Man sagt uns nach, wir Dienstmädchen seien faul, diebisch, unnützig – warum brauchen Sie uns denn dann?" Zuerst redete eine Vertreterin des Vizeministeriums für Geschlechter-, Generations- und Familienfragen, Generaldirektion Geschlechterfragen, sprich: Frauenministerium. Bolivien ist eines der wenigen Länder Lateinamerikas mit einem solchen Ministerium. 1997 hatte man das Staatssekretariat in den Rang eines Vizeministeriums erhoben. (In Deutschland wurde erst zehn Jahre früher, 1986, das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit um das Ressort "Frauen" erweitert, womit Rita Süßmuth die erste Bundesfrauenministerin war.) Anschließend sprachen Polizistinnen, die die Demonstration zwar dienstlich begleiteten, sich aber inhaltlich solidarisierten. Schließlich trat eine Frau ans Rednerpult, die von der Dienstmädchengewerkschaft war. Sie sagte unter anderem: "Wir rufen alle hier anwesenden Institutionen und Vertretungen von Frauen und die Gesellschaft als ganzes auf, uns zu helfen. Als Hausangestellte benötigen wir den Lohn, den wir verdienen. Die Hausherrinnen und ihre Familien benötigen unsere Dienste, weil sie dadurch auch ein größeres Einkommen erzielen." Die Dienstmädchen ermöglichen es, daß die Frauen aus den von ihnen betreuten Familien diversen Tätigkeiten nachgehen können. Zwei Drittel der weißen Hausherrinnen sind berufstätig, oft in intellektuellen und künstlerisch-kulturellen Bereichen und nicht selten auf kommunaler Ebene. Die Gewerkschaftsfrau fuhr fort: "Unser Arbeitsgesetz, das schon so lange dem Parlament vorliegt, muß endlich durchkommen. Wir brauchen dazu jede Unterstützung. Wir bitten um diese brüderliche Solidarität. Und wir schließen uns der heutigen Kampagne an: ohne Frauenrechte keine Menschenrechte."

Diese Rednerin war Casimira Rodríguez Romero, 32 Jahre alt, und die zweite Wahlperiode in der Landesleitung der Gewerkschaft beschäftigt. Damit verfügt sie über die meisten praktischen Erfahrungen in dieser Funktion. Denn Victoria Pérez, 46, und Adele Tula, 34 Jahre, sind die erste Wahlperiode mit dabei. Diese drei Frauen "sind"



die Dienstmädchen-Gewerkschaft in Bolivien, sie kooperieren und koordinieren landesweit.

Victoria hatte durch eine Rundfunksendung von der Gewerkschaft gehört, war neugierig geworden, hatte sich den “Laden” angesehen und trat ihm bei. Adele wurde auf der Straße von flugblattverteilenden Dienstmädchen, nämlich ehrenamtlichen Gewerkschaftlerinnen, angesprochen. Sie interessierte sich für die in den Flugblättern angebotenen Qualifizierungskurse, nahm daran teil und trat dann der Gewerkschaft bei.

Nur drei hauptamtliche Funktionärinnen also, die keinerlei entsprechende Ausbildung und auch keinerlei Erfahrung haben. Denn es gibt keine Tradition: Erst 1993 wurde diese Gewerkschaft gegründet. Casimira, Victoria und Adele arbeiten in einem winzigen Büro in der Buenos Aires Straße in La Paz. Ihre technische Ausstattung besteht aus Schreibmaschine, Telefon und einem Faxgerät. Alle zwei Jahre findet eine Neuwahl im Zusammenhang mit einem Kongreß statt, die Frauen arbeiten anschließend wieder als Dienstmädchen, also nach zwei oder vier Jahren Gewerkschaftsfunktion, falls sie, wie Casimira, ein zweites Mal gewählt werden.

Was heißt es, Dienstmädchen zu sein?

Es bedeutet, kaum Schulbildung zu besitzen, keinerlei politische Erfahrung zu haben, keine soziale Einbindung in die Gesellschaft zu erfahren – außer, daß sie ausgebeu-

tet werden. Sie stehen auf der untersten Stufe der sozialen Hierarchie. Denn sie sind dreifach diskriminiert: ethnisch, sozial und als Geschlecht.

Die intellektuelle weiße Frau wird von der Gesellschaft als Frau diskriminiert. In der Ehe oder Partnerschaft hat sie im allgemeinen die Gleichberechtigung durchgesetzt, die mitteleuropäische Frauen erreicht haben. Die weiße Durchschnittsfrau wird außerdem auch vom weißen (einschließlich dem Ehe-)Mann als Frau diskriminiert. Doch die indianische Frau wird von der Gesellschaft nicht nur als Frau, sondern zudem noch als Indiafrau diskriminiert, sodann vom weißen (einschließlich dem Dienst-)Mann, als auch, darüber hinaus, vom indianischen (einschließlich dem Ehe-) Mann. Und obendrein von der weißen (Dienst-) Frau. Letzteres Verhältnis ist nicht selten das härteste, denn mit der Dienstherrin ist sie täglich auf engstem Raum zusammen.

Durch ihre Situation gehören die Indias zu den passivsten Elementen in der Gesellschaft. Die Arbeit in den Haushalten wird ohne Arbeitsvertrag geleistet. Ausnahmen gibt es wenige. Dienstmädchen haben nur ein einziges Recht, das auf acht Stunden Ruhe täglich, sie können daher sechzehn Stunden zur Arbeit herangezogen werden. Nur der Sonntagnachmittag ist frei. Urlaub gibt es nur, wenn die Dienstherrin gnädig ist, keinesfalls aber an Feiertagen. Entlohnt werden sie nach Gutdünken, oftmals nur mit Kost und Logis. Logis bedeutet in aller Regel ein improvisierter Ort, kein Zimmer. Irgendeine Ecke in der Küche, unter der Treppe, wo sie ihr Bett abends aufbauen und morgens wieder wegräumen müssen. Keine eigenen vier Wände, kein privater, intimer Raum, und das über Jahre. Viele Anstellungsverhältnisse dauern Jahrzehnte. Eine andere gängige Form der Entlohnung sind Bekleidungsstücke, die die Dienstherrschaft abgelegt hat.

Sollte ein Dienstmädchen doch Lohn erhalten, was nicht unmöglich ist, so bekommt sie bei Schwangerschaft 60 Tage Urlaub bei 50 Prozent des Lohnes, während jeder Arbeiterin in Bolivien 90 Tage Schwangerschaftsurlaub bei hundertprozentiger Lohnfortzahlung zugesprochen wird. Sozialleistungen (Kranken- und Rentenversicherung) werden für sie von der Dienstherrschaft nicht eingezahlt. Die Dienstmädchen müssen körperliche und seelische Mißhandlungen der Dienstherrin erdulden. Auf der Demonstration "Ohne Frauenrechte keine Menschenrechte" wurden Fotos mitgeführt von entstellten, weil verprügelten Indias. Dazu kommen sexuelle Übergriffe von den Männern der Familie, in der sie dienen. Sie erfahren Gewalt in ihren verschiedenen Formen. Auch dazu sprach Casimira auf der Demonstration: "Wir erleben physische Gewalt, psychologische Gewalt und sexuelle Nötigung. Doch über alle Bereiche, in denen Gewalt passiert, wird nicht gesprochen. Weil die Übergriffe fast nie zur Anzeige gebracht werden. Wird doch mal eine Anzeige erstattet, dann fällt die irgendwann der Vergessenheit anheim. Oder das Dienstmädchen ist von Angst erfüllt wegen der Drohungen, die sie erhält, oder sie bekommt vor Gericht kein Recht, weil leider die Justiz auch Teil der Herrschaft ist."

Trotz der ihnen zustehenden acht Stunden Ruhe täglich sind die Frauen rund um die Uhr zur Hand. Sie müssen den Nachtschlaf unterbrechen, wenn entsprechende



Anlässe es “erfordern”: Die Dienstherrschaft kommt von einer Kinovorstellung zurück und hat Hunger. Die Überstunden brauchen ihnen nicht entgolten zu werden, etwa durch Freistunden.

Wer sind diese indianischen Frauen?

Die Indias kommen in der Regel zwischen dem 15. und 25. Lebensjahr in die Stadt. Casimira war erst 12 Jahre alt. Eine Anstellung im Haushalt zu finden, ist für sie erstrebenswert. So können sie der Arbeitslosigkeit auf dem Dorf und dem entbehrungsreichen Landleben entkommen, das oft noch mittelalterliche Züge trägt, weil Wasser- oder Abwasseranschlüsse, vielfach auch Stromleitungen, Straßen und Verkehrsverbindungen fehlen. Hier können sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen – wenn auch nur im Sinne von “ein Dach über dem Kopf” und täglich “satt zu essen” haben.

Doch das Stadtleben ist den meisten von ihnen bis dahin unbekannt und bedeutet eine grundlegende Veränderung ihrer Lebensweise, in aller Regel verbunden mit einem tiefen Kulturschock. Denn sie wechseln aus Hütten mit Stein- oder Lehmfußböden in Häuser mit Parkett- und Teppichböden. Sie haben noch mit Lehmöfen außerhalb der Hütte gekocht und müssen nun am elektrischen Herd die Mahlzeiten zubereiten. Sie haben niemals zuvor elektrische Geräte gesehen und müssen ab sofort mit Bohnermaschine, Staubsauger, Mikrowelle, Abwaschmaschine, Bügeleisen

usw. umgehen können. Sie kennen weder die diversen Reinigungs- und Putzmittel noch die in diesen Haushalten üblichen Tischsitten, Rezepte und Gewürze.

Die Indias fühlen sich minderwertig und grenzenlos unterlegen, schon wegen ihrer geringen Bildung. Viele indianische Kinder besuchen nur sporadisch die Schule, weil die weit weg von ihrem Wohnort liegt und weil sie zum Unterhalt der Familie beitragen müssen. Im besten Fall haben sie sechs Jahre Grundschule absolviert, Schreiben und Rechnen fällt ihnen schwer. Neben ihrer indianischen Muttersprache beherrschen sie die spanische Sprache ihrer Dienstherrinnen, zugleich Verkehrssprache des Landes, nur mangelhaft. Welche Leistung für Halbanalphabeten daher die handgeschriebenen Plakate auf der Demonstration! Seit 1994, im Zuge einer Schulreform, wird zweisprachig unterrichtet. Davon profitieren die gegenwärtig tätigen Dienstmädchen noch nicht.

Über eine Ausbildung im Sinne ihrer Dienstmädchentätigkeit verfügen sie bei Antritt der Anstellung äußerst selten. Sie können aber die Qualifizierungskurse ihrer Gewerkschaft wahrnehmen, die an den freien Sonntagnachmittagen angeboten werden.

Wer sind die weißen Hausherrinnen?

Mit Nachsehen oder gar Mitleid von Seiten der Dienstherrinnen können die Indias nicht rechnen. Elisabeth Peredo, eine der beiden weißen Frauen, die ich vorstellen möchte, ist Sozialpsychologin, 33 Jahre alt, und arbeitet in der gemeinnützigen Stiftung Solón. Die hat ihren Sitz in La Paz und unterhält enge Beziehungen zur Dienstmädchen-gewerkschaft. Was sagt Elisabeth zu den Dienstherrinnen, die sich in die Lage der Indias nicht hineinversetzen können oder wollen: "Das hat zu tun mit dieser langen Tradition der Rollenverteilung im Haushalt. Wir weißen Frauen haben im großen Maße die Unterstützung der Dienstmädchen. Aber wir schätzen diese Unterstützung nicht, wir sehen sie vielfach gar nicht als solche. Die Mehrheit von uns denkt: Diese und jene Arbeit im Haushalt macht eben eine indianische Frau, eine Aymará- oder Ketschuafrä. Das ist ihre Stellung, für sie gibt es nichts anderes. Und wenn es die eine nicht kann, weil sie gerade erst in die Stadt gekommen ist, dann eben eine andere, die aber wieder aus der gleichen sozialen und rassischen Schicht stammt."

Elisabeth versteht sich wie ein kleiner Kreis weißer Frauen als Feministin. Sie will in ihrem sehr patriarchalischem Land - Lateinamerika wird nicht zu Unrecht als Hort des Machismus bezeichnet - die Gleichberechtigung der Frau. Aber im Unterschied zu vielen ihrer feministischen Mitstreiterinnen will sie die Gleichberechtigung aller Frauen, der weißen wie der indianischen. Obwohl die Mehrheit der Hausherrinnen keine solidarische Haltung mit den Indias kennt, sie nicht einmal als Geschlechts-genossinnen wahrnimmt, ist eine Minderheit von weißen, vor allem jüngeren Frauen, auf deren Seite.

Dazu gehört auch Silvia Salinas, Anthropologin, 32 Jahre, und ehrenamtlich Koordinatorin der landesweiten Bewegung "Frauenplattform": "Ich habe zwei Frauen, die bei mir arbeiten, und nur deshalb kann ich meine Arbeit schaffen, und meine Arbeit

hat mit Frauenrechten zu tun. Es gibt so viele weiße Frauen, die regelrecht abhängig sind von den indianischen Frauen, die in ihrem Haus arbeiten. Und doch denken sie von denen, daß sie keinerlei Rechte haben, daß sie sogar noch dankbar sein müssen, daß sie überhaupt Arbeit haben... Auch wenn wir Frauen um unsere Gleichberechtigung kämpfen, heißt das nicht, daß wir Frauen eine gleiche Meinung über uns als Geschlecht haben. Die ethnischen, sozialen und ökonomischen Unterschiede sind sehr wichtig, um unter uns zu differenzieren. Diskriminierung und Ausbeutung sind nicht nur ein Thema zwischen Männern und Frauen, sie sind auch ein Thema unter Frauen.”

Die koloniale Tradition der Rollenverteilung im Haushalt zwischen Herrschaft und Dienerschaft hat zur Folge, daß das Bewußtsein über den familiären wie den gesellschaftlichen Wert der Leistung von Dienstmädchen nicht vorhanden ist. Sie zu beschäftigen ist nicht einmal eine Statusfrage, sie werden ins Haus genommen wie Stuhl und Tisch. Weswegen in den Augen der Herrschaft ihre Arbeitskraft nicht wie die jedes anderen Arbeitenden einer Reproduktionszeit, sprich Urlaub, bedarf.

Silvia und Elisabeth haben mit ihren Dienstmädchen einen Arbeitsvertrag geschlossen. In ihren Häusern haben die Indias ein eigenes kleines Zimmer. Beide weiße Frauen treten nicht nur für das Arbeitsgesetz für die Dienstmädchen ein, von dem ich auf der Demonstration “Ohne Frauenrechte keine Menschenrechte” erstmals hörte. Sie haben sogar die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes unterstützt – durch Geldspenden, durch Vermittlung von Juristen und vor allem durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit. Beide sehen eine wesentliche Aufgabe darin, die Gesellschaft für so ein Gesetz zu sensibilisieren.

Elisabeth hat in einer Direktsendung über Rundfunk die Hörer gefragt, ob die Arbeit im Haushalt nicht einer Anerkennung, sogar eines Lohnes, bedarf. Sie bekam folgende Antworten: “Die Männer riefen an und sagten: wie werdet ihr Lohn und Gehalt verlangen, wie werdet ihr Anerkennung verlangen, wenn wir sie, die Frauen, doch gut behandeln. Wir haben sie aus Liebe geheiratet. Das wichtigste ist die Liebe. Wir schätzen ihre Rolle als Mutter. Wir kaufen ihnen alles. Deshalb ist es nicht nötig, daß sie eine Anerkennung, einen Lohn erhalten.” Dann fragte Elisabeth nach den Rechten der Hausangestellten: “Da riefen die Frauen an, um zu protestieren: Wie könnt ihr so viele Rechte verlangen, das ist zu viel. Wir behandeln sie mit Zuneigung, wir kaufen ihnen am Jahresende Kleidung und laden sie zum besten Essen ein. Das heißt, es ging daraus hervor, daß die Argumentationsstruktur der Männer in Bezug auf ihre Frauen von den Frauen in Bezug auf ihre Hausangestellten übertragen wird.”

Der Gesetzentwurf

Seit November 1998 liegt dem Parlament der Entwurf eines Arbeitsgesetzes vor. Initiiert wurde er mit der Gründung der Dienstmädchengewerkschaft und durch diese. Beide Vorgänge haben einander bedingt. Sechs Jahre lief die Diskussion zwischen den Parteien, dem Parlament, selbst der Staatspräsident wurde eingeschaltet, und den Initiatoren des Gesetzentwurfes. Die Frauenorganisationen und die “Frauenplattform”,

der Silvia Salinas als Koordinatorin vorsteht, hatten die Ausarbeitung unterstützt. Endlich, im November 1998, wurde der Entwurf "im großen und ganzen" akzeptiert – aber mit der Auflage, diverse Details zwischen den regionalen Bezirksregierungen und der dortigen Bevölkerung in Form von Seminaren zu diskutieren. So daß jeder der neun Landesbezirke aktiv am Diskurs um die Gesetzesvorlage beteiligt sein muß.

Die Arbeit in der Gewerkschaftsleitung haben sich die drei Frauen aufgeteilt. Casimira beschäftigt sich vorrangig mit der Durchbringung des Gesetzes. Sie diskutiert selbst in der Abgeordnetenkammer über den vorliegenden Entwurf. Sie hat eine unglaubliche Entwicklung durchgemacht. Sie hat keinen Mann, keine Kinder und will nur lernen. Auch für ihre Zukunft malt sie sich vor allem Jahre des Lernens aus. Aber auch alle anderen Gewerkschaftlerinnen, ob nun haupt- oder ehrenamtlich, haben eine Menge begriffen. Sie zeichnet eine schon ganz gehörige Portion Selbstbewußtsein aus. Sie wollen nicht mehr demütig und untertänig sein, wie es vom Dienstmädchen erwartet wird – und wie es die allermeisten sind.

Obwohl Casimira, wie sie bei jeder Gelegenheit betont, mit der Gewerkschaftsarbeit ein hohes Selbstbewußtsein erlangt hat, möchte sie beim Thema "Seminare" am liebsten das Handtuch werfen. Was hat sie im Landesbezirk Tarija erlebt: "Das Seminar wurde von einer Abgeordneten organisiert, aber so schlecht, daß nur acht Personen kamen. Doch eine Dienstherrin hatte sie organisiert, die gut vorbereitet war. Die hatte ihre Hausangestellte dabei, der sie immer vorsagte, was sie zu erzählen hatte. Danach hieß es dann: das ist die Meinung der Hausangestellten. Die Abgeordnete hat dann anschließend in einer 10minütigen Rundfunksendung über dieses Seminar berichtet, daß es keine Diskussionen gab, und anschließend dem Parlament gemeldet, daß sich der Landesbezirk Tarija nicht an der landesweiten Diskussion beteiligt. Ich habe den Eindruck, daß die weiblichen Abgeordneten vor allem ihre Interessen als Hausherrinnen verteidigen wollen, ihre wirtschaftliche Position."

Das Gesetz soll unter anderem die Vergütung regeln: Monatslöhne, keine Gratis- oder Zwangsarbeit, Bezahlung von Überstunden, von Sonntags- und Feiertagsarbeit, bezahlter Urlaub, Weihnachtsgeld, Krankheits- und Sozialversicherung inklusive Arbeitgeberanteil. Was wundert's, daß sich die meisten weißen Frauen, bis hoch in die Spitze des Landes, dagegen wehren. Aber es geht beileibe nicht nur um das Geld! Kaum eine Familie würde sich wegen Lohnzahlung an die Indias finanziell einschränken müssen. Nein, dieses Gesetz stellt einen entscheidenden Bruch mit einer bequemen jahrhundertealten Tradition dar, die Arme und Reiche und Weiße und Dunkelhäutige fein klassenmäßig voneinander trennt.

Die Gewerkschaftsfrauen: das Beispiel Adele Tula

Als 20jährige ging Adele Tula nach La Paz: "Ich habe dort 1986 angefangen. Es war meine erste Stelle. In einem sehr feinen Haus. Auch ich kannte das Leben in der Stadt vorher nicht, auch kein einziges elektrisches Gerät. Es war schrecklich. Fünf Jahre habe ich da gearbeitet, ohne mir irgend etwas leisten zu können. 1988 bekam ich meinen

Sohn und ich hatte große Angst, daß ich gefeuert werden würde. Aber die Herrin hat mich behalten und mir dann sogar eine Dachkammer zugewiesen. Die Kammer, der Garten mit dem grünen Rasen und den Blumenbeeten, das war das Zuhause für mein Kind. Ich habe zwar nicht gewagt, die Arbeit zu unterbrechen, wenn es weinte, aber ich konnte es nebenher ganz gut beaufsichtigen. Der Vater ist verlorengegangen.

1995 habe ich die Gewerkschaft kennengelernt durch die Kolleginnen, die Werbeveranstaltungen durchgeführt, Flugblätter und Broschüren verteilt haben. Da las ich dann, daß wir Rechte haben und daß es Qualifizierungskurse gibt. Die haben mir besonders gefallen. Ich bin öfter hingegangen und bin 1996 in die Gewerkschaft eingetreten. Noch im gleichen Jahr wurde ich in die Landesleitung gewählt. Da habe ich meine Stellung als Dienstmädchen aufgegeben, das feine Haus verlassen und bin aufs Land in eine Hütte zurückgekehrt. Sie hat nur einen Raum, Lehmfußboden und Lehmwände, ohne Wasseranschluß, ohne Küche, Toilette. Da lebe ich nun mit meinem Sohn, meinem Lebensgefährten und dessen zwei Kindern. Ich hätte nicht gedacht, wie schwer dieses Zurückgehen sein würde, daß es noch furchtbarer ist als damals die Ankunft in der Stadt. Erst jetzt merkst du richtig, wie elendig man lebt, weil man den Vergleich hat. Auch für meinen Sohn war es unbegreiflich. Aber deshalb mache ich die Gewerkschaftsarbeit nicht etwa ungern, im Gegenteil. Um ins Büro zu kommen, muß ich erst eine halbe Stunde an einem Fluß entlanglaufen. Straßen gibt es hier nicht. Bis ich an die Endhaltestelle eines Busses komme. Mit dem fahre ich dann knapp eine Stunde.”

Was wiegt für Adele nun diesen Verlust an Zivilisation auf? Außer dem ganz großen Gewinn, Selbstbewußtsein erlangt zu haben? Es sind die Frauen, die gewerkschaftlich arbeiten, deren Bekanntschaft! “Man lernt sich landesweit kennen. Man schließt landesweit Freundschaften. Mit einigen haben wir den Mut verloren, doch mit vielen haben wir uns durch die Probleme zusammengeschmissen. Mit einigen auch erzürnt, und manche sind auf dem Weg zurückgeblieben.”

Das sind Erfahrungen, die Dienstmädchen niemals machen. Sie arbeiten vereinzelt, selten zu dritt in einem Haushalt, zwei Indias sind die Norm. Die allermeisten Dienstmädchen haben keine Zeit und keinen Ort, um sich kennenzulernen, nicht mal die Kolleginnen in den Nachbarhäusern der Straße. Einen Begriff von Stadt, geschweige denn von ihrem Land Bolivien haben sie nicht. Sich landesweite Kontakte auch nur vorzustellen, überschreitet ihr Vermögen.

Seit der Existenz der Gewerkschaft hat manches Dienstmädchen schon so viel Courage erworben, um auf der Straße Flugblätter und Broschüren zu verteilen – sich also bemerkbar zu machen. Was für Flugblätter sind das?

Ein erstes Beispiel: Ein Faltblatt, das, wie ein Comicsheft gestaltet, die traurige Geschichte aller Dienstmädchen erzählt und die Lösung aus dem Dilemma anbietet. “Wir Haushaltsarbeiterinnen kommen alle vom Land in die Stadt. Das ist eine sehr große Veränderung für uns. Es gibt so viele unbekannte Dinge in der Stadt ... Wir Haushaltsarbeiterinnen sind sehr ausgebeutet. Wir arbeiten den ganzen Tag, es ist eine sehr schwere Arbeit, die nie endet und die nicht anerkannt wird. Sie behandeln uns

sehr schlecht und lassen uns unsere Minderwertigkeit spüren. Wir verdienen kaum was, weil weder die Dienstherrschaft noch die Gesellschaft unsere Arbeit schätzt. Deshalb müssen wir uns organisieren, damit unsere Arbeit wahrgenommen wird. In der Gewerkschaft bekommen wir eine Orientierung über unsere Rechte und Pflichten. Wir haben das Recht auf eine menschenwürdige Behandlung wie jede andere Person ... Nur vereinigt und organisiert wird man uns achten und unsere Arbeit anerkennen. Wir treffen uns jeden Sonntagnachmittag, um über unsere Probleme zu sprechen, unsere Freuden zu teilen und unsere Rechte kennenzulernen."

Zweitens: Ein einfaches Blatt mit dem Titel "Das Recht auf Bildung" und folgendem Text: "Die Haushaltsarbeiterinnen verlassen früh die Schule, haben einen besonders geringen Bildungsgrad beziehungsweise sind Analphabeten. Deshalb haben sie ein Recht auf Schulbildung und Qualifizierung auch während der Anstellung, während der Arbeitszeit."

Drittens: Ebenfalls ein einfaches Blatt zum Thema "Sexuelle Belästigung" Es wird eine Definition von sexueller Belästigung und Empfehlungen zum Verhalten in derartigen Fällen und Ansprechpersonen und -adressen gegeben.

Die drei Flugblätter wurden von der Dienstmädchengewerkschaft herausgegeben. Andere Flugblätter fertigen befreundete oder sympathisierende Institutionen. So das vierte, ein einfaches Blatt mit dem Titel "Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen" vom Vizeministerium für Geschlechter-, Generations- und Familienfragen. In ihm heißt es: "Der Ministerrat garantiert die Gleichheit von Männern und Frauen im politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich sowie die querschnittmäßige Aufnahme von geschlechtsspezifischen Inhalten in die nationale Politik: Gesundheit, Volksbildung, wirtschaftliche Entwicklung, Teilnahme am politischen und staatsbürgerlichen Leben."

Das fünfte Flugblatt hat die Stiftung Sólón herausgegeben, in der Elisabeth Peredo arbeitet, und das – wirkungsvoll – nur die Paragraphen des Arbeitsgesetzes für Dienstmädchen abdruckt. In Paragraph 1 heißt es: "Die Bezeichnung für die Indias soll "Haushaltsarbeiterin" lauten, weil es herabsetzend ist, sie "Dienstmädchen" zu nennen. Sie dienen nicht, sie arbeiten." Weiter wird fixiert, daß ein schriftlicher Arbeitsvertrag mit der Festlegung von Arbeitszeit, Urlaub, Vergütung und Tätigkeitsbeschreibung zu fertigen ist und Kündigungsbestimmungen einzuhalten sind.

Dazu erzählte mir Elisabeth: "Für die Werk tätigen in Bolivien gilt eine Kündigungsfrist von drei Monaten. Doch da sträuben sich die Dienstherrschaften mit der Begründung, daß Dienstherrin und Dienstmädchen in ein- und demselben Haus leben, sich oft zusammen in einem Zimmer aufhalten. Dadurch sind die Beziehungen viel enger als bei anderen Arbeitenden und ihren Chefs. Deshalb ist eine solche Kündigungsfrist für die Herrschaft nicht zumutbar. Das ist ein außerordentlich umkämpfter Punkt. Da wird wohl die Gewerkschaft zurückstecken und die Frist verkürzen müssen."

Um das Gesetz durchzubringen braucht es den Druck von jeder betroffenen Frau, ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht. Doch zu viele Dienstmädchen leiden nur still

vor sich hin, suchen weder Hilfe, noch setzen sie sich zur Wehr. Sie kennen nicht ihre Rechte und begehren nicht auf. Victoria, die sich im Rahmen der Aufgabenteilung innerhalb der Gewerkschaftsleitung vorrangig mit den Alltagsproblemen der Frauen beschäftigt, kann davon ein Lied singen: "Es gibt welche, die leiden schrecklich. Sie werden mißhandelt und zutiefst diskriminiert." Victoria selber hat nie derartige Dinge erfahren. Sie spricht von ihrer ehemaligen Dienstherrschaft als von "guten Menschen", aber Arbeitsvertrag, eigenes Zimmer oder geregelte Arbeitszeiten kannte auch sie nicht.

Ohne Druck zu machen, ändert sich nichts. Das schaffen die drei India-Frauen Adele Tula, Casimira Rodríguez Romero und Victoria Pérez, und die paar weißen Frauen wie Silvia Salinas und Elisabeth Peredo allein nicht. Dazu bekannten Silvia und Elisabeth: "Es ist ein zweischneidiges Schwert. Wir kämpfen für jene, die oft nicht mitziehen. Weil sie unwissend sind oder nicht den Mut haben, aufzubegehren. Und dann sind wir noch Weiße, die sich für Indias einsetzen."

Die Qualifizierungskurse

Dem fehlenden Mut abhelfen können am besten die Qualifizierungskurse, die die Gewerkschaft den Frauen in allen großen Städten anbietet, egal, ob die Haushaltsarbeiterrinnen gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht. Da gibt es zum einen theoretische Kurse, in denen die Frauen ihre Rechte kennenlernen und vom Entwurf eines Arbeitsgesetzes beziehungsweise Tarifvertrages hören und mit seinem Inhalt vertraut gemacht werden. Daß sie nicht auf Gedeih und Verderb auf das Wohlwollen der Dienstherrinnen angewiesen sind, hören die allermeisten hier zum ersten Mal. Es gibt auch Theoriekurse zur Qualifizierung der ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionärinnen.

Zum anderen werden praktische Kurse angeboten, in denen die Indias lernen, was sie in ihrer Stellung können müssen: Kochen, Reinigen, Handarbeiten. Darüber hinaus wird der Handarbeitskurs von vielen Indias als Möglichkeit begriffen, sich einzukleiden. Hier nähen sie Röcke, Umschlagtücher und erlernen die Makramee-Technik, eine traditionelle Handarbeit, die Fertigung von Borten, die fast jedes Umschlagtuch zieren. Dieser Kurs dient ihnen aber auch als einzigartige Chance, sich selbstzuverwirklichen – bis hin zum Erlernen der Fertigkeiten einer Kunsthandwerkerin. Einige dieser Frauen haben nach dem Besuch dieses Kurses den Absprung gewagt, sich als Textil-Handwerkerin selbständig gemacht und leben nun vom Verkauf ihrer Produkte. Silvia hat als Anthropologin sechs Jahre einen Handarbeitskurs in La Paz geführt, der von der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung teilfinanziert wurde, wozu exemplarisch die Fertigung textiler Kunst (zum Beispiel Bilder) und traditioneller Kleidung der Indios gehörte. Unter diesen Frauen waren auch einige ehemalige Dienstmädchen, die einen Handarbeits-Qualifizierungskurs der Gewerkschaft absolviert hatten. Die Frauengruppe existiert nach Ablauf der sechs Jahre weiter, sie hat einen Laden gemietet in einer Straße, in der Geschäfte viele Touristen anlocken. Natürlich kämpft die Gewerkschaft mit der Finanzierung der Kurse. Für die Räume muß sie Miete zahlen, und die

ist umso höher, je größer die Ausstattung ist. Spenden in Form einer kostenlosen Raumnutzung werden händeringend gesucht.

Alle Kurse dienen neben dem konkreten Ausbildungsziel der Entwicklung von Selbstbewußtsein. Die Hausarbeiterinnen sind hier unter sich, unbeaufsichtigt von der Dienstherrschaft, lernen Gedanken zu formulieren und auszutauschen, erfahren vom Leid oder auch Glück mancher Dienstmädchen-Kollegin mit der jeweiligen Dienstherrin, vom Widerstand der einen oder anderen und ihrem Erfolg dabei. Die Gespräche unter- und miteinander werden regelrecht forciert. Auch Kommunikation muß erst erlernt werden.

Daß das Netz der Qualifizierungsangebote vorliegt, für deren Realisierung die ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionärinnen von La Paz aus dirigiert werden, stellt sich für mich als eine außerordentliche Leistung der drei hauptamtlichen Frauen dar. Für die Durchführung der Kurse ist jetzt vorrangig Adele zuständig.

Die Kurse enden mit einer Zeugnisübergabe, für die ebenfalls Adele verantwortlich ist. Die Kursteilnehmerinnen verpflichten sich, das Gelernte weiterzugeben und dazu Wege auf privater Ebene zu suchen. Die Indias sollen nicht wieder in die Isolation der "abgeschlossenen" Dienstherrschaftshäuser zurückfallen. Das ist durch die Arbeitsumstände schwer zu realisieren.

Schlußbemerkung

Es ist noch ein langer Weg, ein hartes Stück Arbeit, die Gesellschaft für die Belange der Dienstmädchen zu gewinnen. Ich möchte noch einmal auf die Demonstration "Ohne Frauenrechte keine Menschenrechte" in La Paz zurückkommen. Dort sah ich auch ein Plakat, das scheint mir so logisch, so schlüssig. Auf ihm stand: "Wir Haushaltsarbeiterinnen tragen auch zur Entwicklung des Landes bei. Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern soziale Gerechtigkeit." Ende 1999 waren immer noch nicht die strittigen Bestimmungen des Gesetzes durchgebracht. Mit einer Unterschriftensammlung soll weiterer Druck auf das Parlament ausgeübt werden.

Si a la VERDAD

NO a las EXCUSAS

- Se dice que la trabajadora
del hogar es:

- inútil
- ladrona
- floja
- ignorante

¿SERÁ VERDAD?

* En Bolivia, 119 mil familias
ocupan los servicios de
nosotras, las trabajadoras
del hogar.

Si somos tan vagas...

¡QUE CURIOSO QUE NOS
NECESITEN TANTO!!!

Rezension

Wolf Gerhardt: Rote Wimpel weh'n im Wind... Aus der Geschichte der Arbeiterkinderbewegung in Potsdam und Nowawes. Schkeuditz. GNN Verlag 1999 (= Schriftenreihe des Brandenburger Vereins für politische Bildung "Rosa Luxemburg e.V.", Land Brandenburg in Geschichte und Gegenwart, Band 1), 112 S.

Wolf Gerhardt fragt in seinem schmalen Bändchen nach den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen der sozialdemokratischen laienpädagogischen Organisation der Kinderfreunde (später als "Rote Falken" bekannt geworden) und den Kommunistischen Kindergruppen, die ab 1930 mit "bolshewisiertem" Konzept als Rote Jungpioniere firmierten. Er untersucht die sozialdemokratische und kommunistische Kindergruppenarbeit in der Garnisonsstadt Potsdam und im damals noch selbständigen industriell und proletarisch geprägten, an der östlichen Stadtgrenze Potsdams gelegenen Nowawes. Der Autor will mit seiner kurzen, ereignisgeschichtlich orientierten Darstellung seine zentrale These stützen, daß bereits gegen Ende der Weimarer Republik die sozialdemokratischen und kommunistischen Kinder- und Jugendorganisationen in der Abwehr des Faschismus "bemerkenswerte Gemeinsamkeiten" entwickelt hätten, die die Grundlage für deren politische und organisatorische Vereinigung in der Pionierorganisation "Ernst Thälmann" bildeten. Insofern hätten die Jungen Pioniere der DDR nicht nur die Traditionen der kommunistischen Kindergruppen, sondern auch der sozialdemokratischen Kinderfreundebewegung in sich getragen. (8) Zunächst skizziert Wolf Gerhardt die Anfänge der kommunistischen Kindergruppen in Potsdam und Nowawes. Erst nach dem Beschluß der 3. Reichskonferenz der Kommunistischen Kindergruppen im Oktober 1924 in Weißenfels gründeten ein Bahnarbeiter und zwei

Jungarbeiterinnen eine Kindergruppe des Jung-Spartakus-Bundes mit etwa 20 Arbeiterkindern. Wesentlich stärker entwickelten sich die sozialdemokratischen Kinderfreunde-Gruppen: Nachdem 1923 die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde alle sozialdemokratischen Kinderbetreuungsaktivitäten organisatorisch zusammenfaßte, schlossen sich auch die Potsdamer und Nowaweser Kindergruppen der Reichsarbeitsgemeinschaft an, die Potsdamer aus nicht dargelegten Gründen jedoch nur formal und ohne geistigen Austausch mit der Reichszentrale. Einen günstigen Resonanzboden für ihre Arbeit fanden sie durch ihre Eingliederung in das 1925 gegründete örtliche Arbeiter-, Sport- und Kulturkartell, in dem sowohl sozialdemokratische wie auch kommunistische und politisch heterogene Arbeiter-Kulturorganisationen zusammenwirkten. Eine besonders enge – auch durch Funktionärs-Personalunion genährte – Verbindung bestand zwischen den Potsdamer Kinderfreunden und den Freidenkern, die ebenfalls Kinder betreuten und Jugendweihen organisierten. Im Unterschied zu den Potsdamer Kinderfreunden hielten die aktiveren Nowaweser eine enge Verbindung zur Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Dank etlicher aktiver Kindergruppenhelfer stabilisierte sich die Arbeit der Kinderfreunde im Arbeiterort Nowawes zusehends und übertraf die der Potsdamer Kinderfreunde wie auch die kommunistische Kindergruppenarbeit bei weitem. Gerhardt bestätigt in seiner Studie den gängigen Topos der Arbeiterbewegungsgeschichtsschreibung, daß die aktiven Träger der sozialdemokratischen Organisationen vorwiegend dem Facharbeitermilieu entstammten. Deutlich wird auch, daß das Gedeihen der Kinderfreundebewegung auf einem weitverzweigten sozialdemokratischen Milieu basiert.

Ende der zwanziger Jahre veränderten sich die pädagogisch-politischen Konzepte beider Kinderorganisationen in ähnlicher Weise in Richtung auf straffere und einheitlichere Organisationsstrukturen und äußere Erscheinungsformen (Kluft, Rituale u.ä.).

Die Jung-Spartakus-Gruppen wurden nach dem II. Welttreffen der Arbeiter- und Bauernkinder im Juli 1930 in Berlin auf Beschluß des ZK der KPD und des KJVD nach sowjetischem Vorbild in den Verband der Roten Jungpioniere umgewandelt. Dies sollte eine straffere Organisation und eine stärkere Ausrichtung auf die Sowjetunion, die sich u.a. in dem roten Kopftuch der Mädchen und den Budjonny-Mützen der Jungen, in Pioniertuch und -groß ausdrückten, bewirken. Unter Leitung des KJVD entstand in Nowawes eine "Pioniergruppe der Internationalen Arbeiterhilfe" mit etwa 30 Kindern. Der Autor schildert kurz, wie die Kinder in die politische Arbeit der kommunistischen Bewegung, beispielsweise in Wahlkämpfe, einbezogen wurden.

Die Nowaweser Ortsgruppe der Kinderfreunde gehörte zu den aktivsten in Brandenburg, wo die Kinderfreunde insgesamt recht schwach waren. 1927 zählte die Kinderfreunde in Nowawes immerhin etwa 100 und 1931 etwa 120 Mitglieder (37, 41), vorwiegend Schülerinnen und Schüler einer weltlichen Schule. Die Potsdamer bemühten sich angestrengt, wenigstens eine Kindergruppe zu erhalten (38). Die Nowaweser organisierten regelmäßige Gruppenarbeit, beteiligten sich rege an Zeltlagern und Veranstaltungen, verfügten über eine Bibliothek und ein politisches Kasperletheater. Ab 1927 setzte sich bei den Kinderfreunden ein erneuertes Konzept sozialistischer Erziehung durch, das die Kinder stärker aktivieren sollte. Den führenden Funktionären ging es darum, die Kinderfreundegruppen von einer sozialdemokratischen Betreuungsinstanz zu einer lebendigen, praktischen Demokratie und genossenschaftliche Solidarität ermöglichenden Kinder- und laienpädagogischen Bewegung weiter zu entwickeln. Seinen Ausdruck fand dieses Bemühen in einer altersdifferenzierten Gruppenpädagogik, die mit den "Falken-Gruppen" eine gemeinsame Kluft, das gemeinsame Symbol des roten Falken auf blauen Grund in roter Fahne, den Gruß Freundschaft, "Falken-Gebote" und spezifische Rituale als Ausdruck der Verbundenheit mit Arbeiterklasse und

Arbeiterbewegung und als Symbol innerer Zusammengehörigkeit einen eigenen pädagogischen Stil hervorbrachte. Einer großen öffentlichen Aufmerksamkeit erfreuten sich ihre Zeltlager, die als Kinderrepubliken ein praktisches Lernfeld für Demokratie sein sollten. Ein besonders aktiver und innovativer Helferkreis und die günstigen Bedingungen eines ausgeprägten sozialdemokratischen Milieus bewirkten die Lebendigkeit und Stabilität der Nowaweser Kinderfreundegruppen. In diesem Helferkreis arbeitete auch der bekannte sozialistische Sexualaufklärer Max Hodann mit.

Aus der auf den ersten Blick ähnlichen Entwicklung beider Organisationen hin zu strafreien Organisationsformen kann jedoch nicht auf eine gegenseitige Annäherung geschlossen werden, denn die pädagogisch politischen Konzeptionen von Kinderfreunden und Roten Jungpionieren blieben so unvereinbar wie zuvor.

In den letzten Jahren der Weimarer Republik fühlten sich beide Organisationen sehr verpflichtet, gegen die erstarkenden Kräfte der politischen Reaktion und den aufkommenden Nationalsozialismus anzugehen. Gerhardt betont, daß die Roten Jungpioniere die Roten Falken "immer wieder zum gemeinsamen Handeln aufrufen und den Versuch unternahmen, sie für die Roten Jungpioniere zu gewinnen" (43). Vor allem in Nowawes sieht er "örtlich besonders bemerkenswerte Gemeinsamkeiten" (43) zwischen beiden Organisationen. In einer vom KJVD initiierten "Antifaschistischen Aktion" bekräftigten KJVD- und SAJ-Vertreter in einer öffentlichen Manifestation und mehreren gemeinsamen Aktionen (z. B. antifaschistische Sonnenwendfeier 1932), daß sie gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen würden. Diese lokale Sonderentwicklung ist wesentlich auf das persönliche freundschaftliche Verhältnis zwischen einigen örtlichen kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionären zurückzuführen. Der Autor erläutert die taktischen Hintergründe der KPD-Linie jedoch nicht, die darauf abzielte, Teile der SPD-Basis durch die Politik der Aktionseinheit zu sich herüberzuziehen und

in Gegnerschaft zur Sozialdemokratie zu bringen. Auch verschweigt er die besonders nach dem "Blutmai" 1929 in Berlin wirkungsmächtige "Sozialfaschismusthese" der KPD und den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in ihrer Haltung zur Republik, die die Kommunisten bekämpften und die die Sozialdemokraten - auch linke - als wichtige politische Errungenschaft auf dem Weg zum Sozialismus verteidigten. Programatisch grenzten sich die Kinderfreunde scharf gegen die kommunistische Bewegung und deren Erziehungskonzepte ab. Diese prinzipielle Gegnerschaft kommt auch im Dokumentenanhang des Buches deutlich zum Vorschein, etwa in einem Grundsatzartikel Richard Weimanns, in dem er deutlich macht: "Ein Zusammengehen mit den kommunistischen Kindergruppen kommt unter keinen Umständen in Betracht. Die Kommunisten sehen schon in den Kindern jugendliche Klassenkämpfer und stellen danach ihre Tätigkeit ein. Sie mißbrauchen Kinder zu politischen und klassenkämpferischen Aktionen und versündigen sich damit am Wesen des Kindes. Für unsere Arbeit sind ausschließlich erzieherische Gesichtspunkte maßgebend, darin unterscheiden wir uns grundsätzlich von den Kommunisten." (88 f.) Angesichts der lokalen Sonderentwicklung mit gemeinsamen Aktivitäten von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Abwehr des Nationalsozialismus wäre es wünschenswert gewesen, gerade diese Epoche differenzierter und ausführlicher darzustellen. Zum letzten Mal zeigten sich die Kinderfreunde öffentlich bei der vom Jugendweiheauschuß organisierten Jugendweihe im April 1933. Die Festrede hielt Hermann Maaß, der von den Nationalsozialisten abgesetzte Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, der am 20. Oktober 1944 wegen seiner Teilnahme an der Verschwörung des 20. Juli 1944 gegen Hitler hingerichtet wurde. Mit einem kurzen Ausblick auf die Widerstandstätigkeit, vor allem der kommunistischen KPD- und KJVD-Mitglieder beendet der Autor dieses Kapitel.

Nur sehr kurz geht Wolf Gerhardt auf den Aufbau der Kindergruppen der FDJ in Potsdam nach 1945 ein. Zwar stellt er zutreffend fest, daß in die Kindergruppenarbeit der antifaschistischen Jugendausschüsse und der FDJ auch sozialdemokratische Traditionslinien sozialistischer Erziehung einfließen, wie sie bei den Kinderfreunden und in der Roten Falken-Bewegung vor 1933 praktiziert worden waren. Er informiert jedoch nicht über die politisch-strategischen Ziele, die die Kommunisten mit der Konzeption des Einheitsjugendverbandes verfolgten. Bekanntlich sicherten sie sich in ihm kommunistische Dominanz und verdrängten nach und nach ihre sozialdemokratischen und bürgerlichen "Bündnispartner" oder verpflichteten sie auf ihre Linie. Diesen Prozeß des Verdrängens und Anpassens blendet Gerhardt völlig aus und stellt die Etablierung der nach sowjetischem Vorbild organisierten Jungen Pioniere in der FDJ als von gesellschaftlichen Notwendigkeiten gebotene Entwicklung unkritisch dar. Der Anhang umfaßt ein Lexikon, in dem wichtige Organisationen kurz beschrieben werden, und eine Sammlung wichtiger Dokumente aus dem Zeitraum 1920 bis 1949. Wolf Gerhardt hat sich eines wichtigen, aber leider von der historischen Forschung stiefmütterlich behandelten Themas angenommen: den praktischen Erziehungsbestrebungen von Sozialdemokraten und Kommunisten. Sein besonderes Verdienst liegt in der lokalgeschichtlichen Rekonstruktion, die auf akribischer Forschungsarbeit beruht, sowie in der Erhellung der sozialstrukturellen und biografischen Grundlagen der örtlichen Arbeiterkinderorganisationen. Der Autor wirft spannende Fragen auf, wie die nach den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Erziehungspraxis, den Möglichkeiten und Grenzen gemeinsamen politischen Handelns angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung oder den sozialdemokratischen Traditionslinien in den Kindergruppen der antifaschistischen Jugendausschüsse und der FDJ. In seinem kurzen Überblickstext kann er diese Fragen jedoch entweder nicht detailliert ge-

nug beantworten oder aber er verdeckt sie unter oberflächlichen und affirmativen Interpretationen (etwa für die Zeit nach 1945). Die Möglichkeiten lokalgeschichtlicher Forschung zu diesen spannenden Themen sind mit dem Büchlein also längst nicht ausgeschöpft.

Roland Gröschel

Annotation

Kristen Benning: Die Geschichte des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland" von 1946 bis 1949. Die Waffenlieferungen "im Kampfe gegen die Reaktion und ihre Verwirrungsmanöver". Kommunikation über Kommunikation Band 3. LIT Verlag Münster 1997, 230 S.

Dies ist die erste wissenschaftliche Arbeit über das "Neue Deutschland", genauer über dessen erste vier Jahre, die bisher veröffentlicht wurde. Ihr Autor würdigt eingangs die Bedingungen und Begleitumstände der Zeitungsgründung, darunter die Lage der Presse in Deutschland und der Sowjetischen Besatzungszone, die Informationsverwaltung der SMAD, die "Deutsche Volkszeitung" als eine der zwei Vorläuferinnen des ND und den Zusammenschluß von KPD und SPD als Voraussetzung seines Zustandekommens. Indem Benning schon für diese frühe Nachkriegsphase vom "Aufbau des Sozialismus" in der Ostzone spricht (27), deutet er die antifaschistisch-demokratische Ordnung falsch und eilt dem tatsächlichen Geschehen um Jahre voraus.

Im zweiten Teil des Buches geht der Verfasser auf die schwierigen anfänglichen Arbeitsbedingungen beim ND ein, die sich bis 1948 allmählich besserten. Daß die Zeitung "einer ungeheuren doppelten Belastung" dadurch

unterlag, gleichermaßen Partei- und Massenblatt sein zu sollen (56), leuchtet nur ein, wenn Bedingungen innerhalb der SED berücksichtigt werden, die sich im Zuge ihrer Entwicklung zur "Partei neuen Typus" tendenziell verschlechterten. Chefredakteur Lex Ende klagte indes nicht wegen zu enger Bindungen zwischen Funktionsapparat und Redaktion, sondern wegen Mangels an solcher Enge. (93) Seine Vorstellungen waren auf Briefredaktionen "als direkte Hilfsorgane der Landes- oder Kreisleitung(en)" und auf eine Zusammengehörigkeit zwischen Zentralorgan und SED-Zentralsekretariat "wie Korb und Klinge eines Degens" gerichtet. (125 bzw. 116) Benning legt das verblüffenderweise als Versuch aus, die Presse von Parteiinstanzen zu emanzipieren. Überzeugend ist das nicht. Schon gar nicht läßt sich derart Endes Ablösung durch Rudolf Herrnstadt 1949 und seine Strafversetzung zur "Friedenspost" erklären. (142) Eher leuchtet die ebenfalls hier wiedergegebene Story der "Jungen Welt" vom 1.12.1989 ein, Ende sei zu Fall gekommen, weil er Aufsätze Walter Ulbrichts korrigiert und es diesem gegenüber majestätsbeleidigend damit begründet hatte, daß er keine mangelnden Deutsch- und Rechtschreibkenntnisse dulden könne. (142f.)

Die politischen Bestrebungen des ND galten Benning zufolge dem Ziel, einerseits die Arbeitsleistung in der Ostzone steigern, andererseits die Pläne der USA und ihrer Partner zur Spaltung Deutschlands und Eingliederung der späteren Bundesrepublik in den Westblock durchkreuzen zu helfen. Der Autor ruft uns viele damalige Kampagnen und Parolen in die Erinnerung zurück. Unter ihnen ist auch die These von der angeblich mit dem Marshallplan beabsichtigten Umwandlung Westdeutschlands und Westeuropas zum bloßen Rohstofflieferanten und zur Kolonie der Vereinigten Staaten. (101ff.)

Relativ kurz behandelt der Verfasser die Volkskorrespondentenbewegung, die offenbar auf einen Vorschlag Franz Dahlems in Erinnerung an die Arbeiterkorrespondenten der "Roten Fahne" zurückging. Benning läßt sich insbesondere nicht darüber aus, was die Be-

wegung in ihren besten Zeiten zustandegebracht hat und woran sie gescheitert ist. Im dritten Buchteil stellt der Autor die Arbeitsweise des "Neuen Deutschland" am Beispiel des von diesem entworfenen SPD-Bildes dar. Es war, so ergibt sich, wesentlich personenbezogen und karikierte im Hinblick auf die westdeutsche Sozialdemokratie vornehmlich Kurt Schumacher und daneben Erich Ollenhauer, im Hinblick auf die Westberliner SPD Kurt Swolinzky und Franz Neumann. Daß kurzzeitig auch die alte "Sozialfaschismus"-Theorie wiederbelebt wurde, ist dem Verfasser entgangen. Allgemein bedauerten damals die SED und ihr Zentralorgan, daß die SPD nicht mit ihnen und der Sowjetunion, sondern erst mit der britischen Labour Party, dann mit den USA kooperierte. Sie brandmarkten den Antikommunismus der Schumacher-Partei und deren direkte oder indirekte Unterstützung für deutsche Großkapitalisten und Reaktionäre, bemerkenswerterweise aber auch Proteste gegen britische Demontagen und die Hinnahme möglicher bzw. tatsächlicher deutscher Gebietsverluste in West und Ost. (164, 172 und 209) Die Polemik war oft rüde und überzogen, so wenn Schumacher auf eine Stufe mit Hitler oder Goebbels gestellt, die SPD als Kriegstreiber und voll in die westliche Spionage verstrickte Partei charakterisiert wurde. Daß einer der ND-Artikel – der vom 15.7.1948 – "den Auftakt der Stalinisierung der SED" gebildet habe (180), trifft nicht zu. Der Autor verzeichnet ausschließlich SED- und ND-Reaktionen, nicht die vorangegangenen sozialdemokratischen Attacken. Es müßte aber auch zu dieser Thematik die gesamte Situation mit allen wesentlichen Imponderabilien wiedergegeben werden. Mehrmals und besonders in seinem Resümee konstatiert der Verfasser, der "überpolitisierte Journalismus" des ND sei ohne werbenden Einfluß auf die Bevölkerung geblieben. (223f.) Nach dem Austausch der Redaktionspitze 1949 wurde allerdings unter Herrnstadt der Versuch unternommen, dies zu ändern, was mit dem Sturz Rudolf Herrnstadts nach dem 17. Juni 1953 fehlschlug.

Neben Materialien aus dem SAPMO-Bestand, unveröffentlichten Chronika des ND und der ND-Druckerei hat Benning Interviews mit zwei Veteranen des "Neuen Deutschland", Klaus Huhn und Werner Müller, der Darstellung mit zugrunde gelegt. Zu bedauern ist, daß er ab Seite 61 zeitweise nach der eben erwähnten Chronik des ND zitierte und nicht nach den Originalen, daß er beim Wiedergeben des SPD-Bildes im Schlußteil diverse wichtige Auslassungen nicht im Wortlaut wiedergab. Der Untertitel über Waffenlieferungen "im Kampfe gegen die Reaktion und ihre Verwirrungsmanöver" wirkt eher unverständlich als erhellend, obgleich man sich in etwa ausmalen kann, was sich der Autor dabei gedacht hat.

Manfred Behrend

Informationen zur Print-Ausgabe der BzG finden Sie unter der Adresse:
<http://www.trafoberlin.de/bzg.htm>

Manuskriptangebote für die BzG und BzG-Supplement richten Sie bitte an:

trafo verlag, Redaktion BzG,
 Finkenstraße 8, D-12621 Berlin
 Germany
 e-Mail Redaktion:
dr.mayer@trafoberlin.de
 Fax: 0049/(0)30/5670 1949

Die aktuellen Neuerscheinungen des trafo verlagess finden Sie unter:
<http://www.trafoberlin.de/neuerscheinung.htm>

ISSN der Printausgabe: 0942-3060